



An

Bundesminister Mag. Norbert Totschnig, MSc

Bundesministerin Leonore Gewessler, BA

Bundesminister Johannes Rauch

- - Gesendet per E-Mail - -

- - Ergeht in cc auch an die Ständigen Vertreter:innen Österreichs: Karin Bik-Bernhard, Thomas Egermaier, Vinzent Rest - -

Wien, am 22. Juni 2023

Reaktion auf den bekannt gewordenen Kompromiss zum Integrierten Pflanzenschutz der schwedischen Ratspräsidentschaft zur Verordnung über die nachhaltige Nutzung von Pestiziden

Sehr geehrter Herr Bundesminister Norbert Totschnig,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Leonore Gewessler,
sehr geehrter Herr Bundesminister Johannes Rauch!

Die Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 ist besorgt über den Kompromiss-Vorschlag der schwedischen Ratspräsidentschaft zur Verordnung über den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden (SUR).

Durch die Aufhebung der verbindlichen Vorschriften für den Integrierten Pflanzenschutz (IPM) **beseitigt der Ratsvorsitz ein Herzstück des Gesetzesvorschlags der Europäischen Kommission zur Pestizidreduktion. Wirksame und durchsetzbare kulturspezifische Regeln für den integrierten Pflanzenschutz auf mindestens 90 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche sind der Kern der SUR und eine Voraussetzung dafür, dass die EU-Pestizidreduktion zu wirksamen Verbesserungen für Menschen und Natur führen kann.**

Der schwedische Ministerpräsident Ulf Kristersson erklärte zu Beginn der schwedischen Ratspräsidentschaft: „Ein grüneres, sichereres und freieres Europa ist die Grundlage unserer Prioritäten.“ Die grüne Transformation war eine der erklärten Prioritäten der schwedischen Ratspräsidentschaft. Mit großer Empörung stellen wir nun fest, **dass die schwedische Ratspräsidentschaft ein "Weiter wie bisher" fördert, die Wissenschaft missachtet und einen groben Mangel an Verantwortungsbewusstsein an den Tag legt.** Wir vermissen das Engagement für eine sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft, die im Interesse aller europäischen Bürger:innen ist!

Ohne gesetzlich bindenden Integrierten Pflanzenschutz und durchsetzbare kulturspezifische Vorschriften werden eine Reduzierung des Pestizideinsatzes und der Übergang zu nachhaltigen, gesunden landwirtschaftlichen Systemen nicht möglich sein. Bauern und Bäuer:innen werden weiterhin von der Agrarindustrie abhängig bleiben und unsere Anbausysteme weiterhin sehr anfällig für Schädlingsbefall und extreme Wetterereignisse. Die mangelnde Umsetzung des integrierten Pflanzenschutzes seit der Richtlinie über den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden (SUD, 2009) zeigt, dass ohne verbindliche Regeln keine Reduzierung des Pestizideinsatzes erfolgen wird.

Die Schwächen der Richtlinie und der mangelnde Ehrgeiz in den nationalen Aktionsplänen (NAP) wurden in mehreren Analysen von EU-Gremien¹ hervorgehoben. In allen Berichten wird das Fehlen ausreichend klarer IPM-Vorgaben und verbindlicher Pestizidreduktionsziele als Hauptgrund für das Scheitern der Richtlinie genannt.

Ein wichtiges Ziel des SUR-Gesetzesvorschlags bestand darin, den gravierenden Mangel bei der Umsetzung des integrierten Pflanzenschutzes zu beheben. Es ist dringend notwendig, negative Auswirkungen des Pestizideinsatzes auf Menschen und Ökosysteme zu reduzieren und eine resiliente Lebensmittelproduktion zu stärken. Die Wissenschaft zeigt, dass der Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und **die Wiederherstellung von Ökosystemen eine Voraussetzung für langfristige Ernährungssicherheit ist.** Im Dezember 2022 unterzeichneten **über 700 Wissenschaftler:innen** einen [Brief](#), in dem sie ihre **Besorgnis zum Ausdruck brachten über die Bemühungen bestimmter Lobbygruppen, die SUR zu verzögern und zu verwässern.** Wie die Forscher:innen in ihrem Brief erklären, **ist „das Fehlen verbindlicher Ziele genau der Grund, warum die Investitionen in den integrierten Pflanzenschutz seit der Verabschiedung der Pestizidrichtlinie im Jahr 2009 rückläufig sind“.**

Die Folgen und Kosten, die durch Krankheiten, Umweltzerstörung und Rückgang von Bestäuber entstehen, übersteigen die voraussichtlichen Kosten für die Reduzierung von Pestiziden und die Wiederherstellung der Natur bei weitem. Eine aktuelle [Studie](#) des deutschen Umweltbundesamtes ergab, dass sich die jährlichen Kosten des Verlusts der biologischen Vielfalt aufgrund der intensiven Landwirtschaft allein in Deutschland auf 50 Milliarden Euro belaufen – und damit die potenziellen wirtschaftlichen Kosten für die Umsetzung der erforderlichen Rechtsvorschriften zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt bei weitem übersteigen. Eine [Studie](#) aus Frankreich schätzt, dass die gesellschaftlichen Kosten des Pestizideinsatzes in Frankreich mehr als 10 Prozent des Haushalts 2017 des französischen Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung ausmachen.

Es ist jetzt – inmitten von Biodiversitäts- und Klimakrise – dringend nötig, Bauern und Bäuerinnen zu unterstützen, Pestizideinsatz und –risiko zu reduzieren. IPM ist das wichtigste Element dabei. Um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und sicherzustellen, ist die Schaffung eines rechtsverbindlichen Rahmens notwendig.

Stattdessen fällt der vom Rat vorgeschlagene Kompromiss hinter den in der Richtlinie für die nachhaltige Nutzung von Pestiziden (SUD) festgeschriebenen Standard zurück. Das ist absolut inakzeptabel und den Zielen des Kommissionsvorschlags diametral entgegengesetzt.

Daher bitten wir Sie, dafür Sorge zu tragen, dass eine verpflichtende Umsetzung des Integrierten Pflanzenschutzes in der neuen Regulierung verankert sein wird.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Helmut Burtscher-Schaden
GLOBAL 2000

¹ Referenzen: Implementation assessment on SUD by the [European Parliamentary Research Service](#) (2020)
Report on the SUD of the [European Commission](#) (2020)
Report on the SUD of the [European Court of Auditors](#) (2020)